

Thu, Mar  
5, 1:41 PM

to

██████████  
██████████  
██████████  
██████████  
██████████  
██████████

Lieber Herr ██████████,

vielen Dank für das konstruktive Gespräch am 25. Februar in unserem Büro. Es hat uns sehr gefreut, uns mit Ihnen auszutauschen.

Wie angekündigt, möchten wir Ihnen zu den im Gespräch angesprochenen Themen, **Jugendschutz, Digital Fairness Act** und **EU-Batterieverordnung** weitere Einzelheiten zukommen lassen:

### **Schutz von Jugendlichen Online**

Wir teilen das Ziel, Jugendliche online besser zu schützen – und setzen uns für einen Ansatz ein, der wirksam ist, ohne die positiven Aspekte digitaler Teilhabe zu gefährden.

Aus unserer Sicht sollte ein effektives Konzept drei Komponenten umfassen:

1. **Zentrale Altersverifikation:** Eine EU-weit einheitliche, datensparsame Lösung – etwa über App-Stores oder Betriebssysteme – würde den Flickenteppich unterschiedlicher Systeme beenden und Eltern entlasten.
2. **Elterliche Zustimmung:** 75% der Eltern wünschen sich laut einer aktuellen Studie, dass sie dem Herunterladen von Apps durch ihre Kinder zustimmen müssen. Technische Lösungen hierfür existieren bereits (Meta Newsroom, "Europe can make parenting in a digital world easier", November 2024).
3. **Individuelle Schutzeinstellungen der Anbieter:** Unsere Teenagerkonten bieten bereits umfangreiche Sicherheitseinstellungen – von eingeschränkten Kontaktversuchen bis

hin zu altersgerechten Inhalten und elterlichen Aufsichts-Tools.

**Wichtig ist, dass neue Regeln für alle Online-Dienste gelten, die Jugendliche nutzen – nicht nur für soziale Medien. Die Erfahrungen aus Australien zeigen, dass enge Verbote Jugendliche in weniger regulierte, weniger sichere digitale Räume verdrängen.**

Wir würden uns freuen, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich bei diesem wichtigen Thema proaktiv auf Fraktionsebene einbringt, und stehen für einen weiterführenden Austausch selbstverständlich gerne zur Verfügung.

### **Digital Fairness Act (DFA)**

Mit dem DFA (Vorlage geplant für Herbst 2026) würde die EU-Kommission ein weitreichendes Digitalgesetz einführen – mit Vorgaben zu Geschäftsmodellen, Produktdesign, Personalisierung, Verträgen und Abonnements. Dies würde Pflichten duplizieren, die bereits in DSA, DMA, DSGVO sowie im weiteren Verbraucherschutzrecht verankert sind. Selbst Verbraucherorganisationen haben festgestellt, dass praktisch jede vom DFA adressierte unerwünschte Praktik bereits unter bestehenden Regeln sanktionierbar ist.

Auch die Expertenkommission des BMWI kommt in ihren Handlungsempfehlungen zu einer kritischen Einschätzung: Bevor neue Vorschriften geschaffen werden, sollten erst bestehende EU-Digitalregeln vereinfacht, konsolidiert und konsequent angewendet werden. Wörtlich heißt es: „Eine zusätzliche Regulierung ohne Evidenz für Marktversagen ist abzulehnen, insbesondere im B2B-Bereich. Daher sollte die Bundesregierung den Digital Fairness Act nicht unterstützen.“

Besonders problematisch: Der DFA zielt darauf ab, personalisierte Werbung und Inhalte einzuschränken – und würde damit de facto vorschreiben, was Menschen online sehen und wie sie werben dürfen. Das trifft gerade den werbetreibenden Mittelstand hart, der auf personalisierte Werbung angewiesen ist, um seine Zielgruppen effizient zu erreichen.

Die möglichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen auf europäischer Ebene sind erheblich:

- **Mittelstand:** 73% der EU-KMUs geben an, dass Kundengewinnung ohne Personalisierung schwierig oder unmöglich wäre. Ohne personalisierte Werbung müssten Werbetreibende 2- bis 3,3-mal mehr ausgeben, um dieselben Ergebnisse zu erzielen (CIPL & Public First, "The Impact of Digital Advertising on Europe's Competitiveness", März 2025).

- **Verbraucher:** 76% der Verbraucher erwarten und schätzen personalisierte Werbeerlebnisse. Einschränkungen würden zu weniger relevanten Inhalten und potenziell zu Paywalls führen (McKinsey & Company, "The value of getting personalization right—or wrong—is multiplying", 2021).
- **Innovationskapazität:** Der CEO von Vinted und Präsident der EU Tech Alliance (35 führende europäische Tech-Unternehmen wie Spotify, Bolt, Zalando) berichtet, dass bereits heute 30% der Unternehmenskapazität in Compliance fließen statt in Innovation. Der DFA würde die Compliance-Belastung für Unternehmen signifikant erhöhen (European Tech Alliance (EUTA), "One Market. One Rulebook. One Future." – CEO Call for Action, Juni 2025; Europäische Kommission, "Public consultation on the Digital Fairness Act – Factual summary report", Dezember 2025).

Angesichts der weitreichenden Auswirkungen des DFA möchten wir anregen, dass die Fraktion ein breites Meinungsspektrum aus der Industrie einholt, um sich eine fundierte Einschätzung zu diesem Vorhaben bilden zu können. Selbstverständlich stehen wir hierbei gerne als Gesprächspartner zur Verfügung.

### **EU-Batterieverordnung & AI Wearables**

Im Anhang finden Sie unseren Onepager zur EU-Batterieverordnung. Ab Februar 2027 müssen alle tragbaren Batterien leicht entnehmbar und austauschbar sein. Diese gut gemeinte Anforderung verfolgt wichtige Ziele, die wir ausdrücklich teilen – insbesondere im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Verbraucherefreundlichkeit. Allerdings ist die praktische Umsetzung bei Wearables herausfordernd, da diese Geräte klein, leicht, komfortabel und ästhetisch ansprechend sein müssen.

Die wichtigsten Punkte:

- **Europas Stärke:** KI-Wearables sind eine der letzten digitalen Produktparten, bei denen Europa weltweit führend ist – mit Unternehmen wie EssilorLuxottica, Oura Health und europäischen Zulieferern wie STMicroelectronics und Bosch Sensortec.
- **KI-Wearables bieten echten gesellschaftlichen Mehrwert:** Unsere KI-Brillen wurden mit dem Zero Project Award 2026 für Barrierefreiheit ausgezeichnet – einer internationalen Anerkennung für innovative Lösungen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention.
- **Risiken bei Nichtanpassung:** Produkte kommen verspätet oder gar nicht nach Europa, europäische Unternehmen verlieren 12–24 Monate gegenüber US- und asiatischen Wettbewerbern und die Umweltziele werden durch kurzlebige Batterien und mehr Elektroschrott untergraben. Zudem würden Menschen mit Behinderungen in Europa den Zugang zu diesen innovativen Hilfsmitteln verlieren oder verzögert erhalten.

- **Unsere Empfehlung:** Wie Sie sicherlich wissen, findet voraussichtlich Mitte März unter zyprischer Ratspräsidentschaft eine EU-Ratssitzung statt, bei der die Mitgliedstaaten Gelegenheit haben werden, ihre Positionen zum Environmental Omnibus einzubringen. In diesem Rahmen sollte aus unserer Sicht Artikel 11, Absatz 3 der Batterieverordnung angepasst werden, um eine Ausnahme für Produkte zu schaffen, bei denen die Austauschbarkeit wesentliche negative Auswirkungen auf Gewicht, Abmessungen, Formfaktor, Leistung, Sicherheit und Haltbarkeit hätte.

Wir würden uns freuen, diese Themen bei Gelegenheit weiter zu vertiefen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Abschließend noch ein Hinweis: Wir prüfen derzeit intern, ob und wie wir Ihnen die Meta Ray-Ban Display zur Verfügung stellen können. Davon unberührt bleibt selbstverständlich bereits jetzt die Möglichkeit, unsere in Deutschland frei verkäuflichen KI-Brillen zu nutzen.

Mit freundlichen Grüßen / Sincerely

[REDACTED]


[REDACTED]


[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Attachment:  Position zum Schutz von Jugendlichen Online - Januar 26.pdf

Attachmenet:  1Pager\_Environmental\_Omnibus\_Feb26.pdf